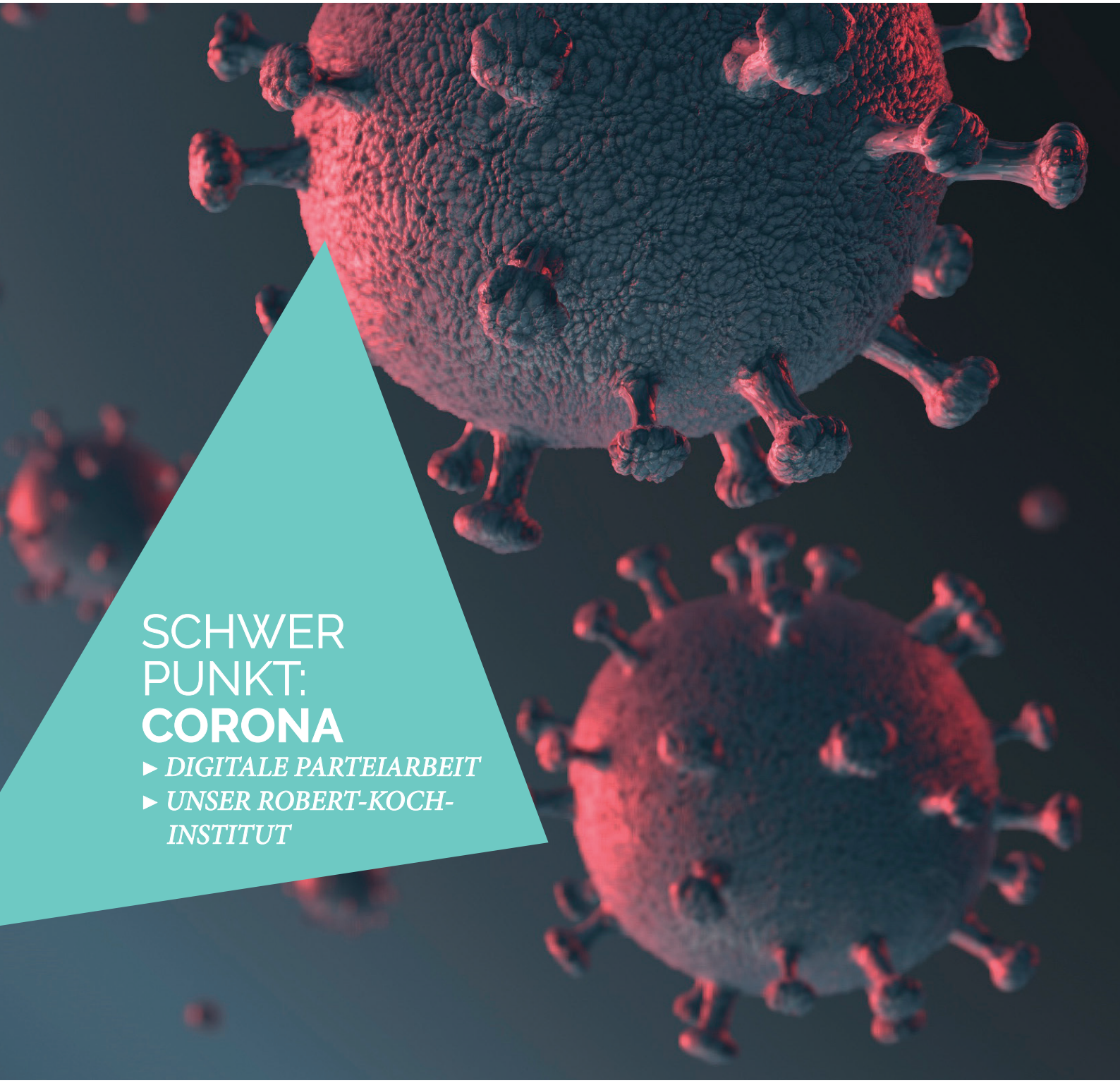
AUSGABE NR. 24
AUGUST 2020

PROPAGANDISTIN

ZEITUNG DER ABTEILUNG 16 – GRÜNES DREIECK



SCHWER PUNKT: **CORONA**

- *DIGITALE PARTEIARBEIT*
- *UNSER ROBERT-KOCH-INSTITUT*

CORONA

- Lokalpolitik während Corona
- Ehrenamtliches Engagment

POLITIK

- Pflege geht vor
- Alleinerziehende und Bildung

AUS DEM KIEZ

- Die Osterkirche braucht Hilfe
- Neuigkeiten der AG Verkehr

VORWORT

Liebe Leserin, lieber Leser,

die zurückliegenden Monate standen ganz im Zeichen der Pandemie und ihrer Konsequenzen. Auch unsere politische Arbeit hat unter den Kontaktbeschränkungen und Vorsichtsmaßnahmen gelitten – anfangs zumindest.

Mit frischen Ideen und digitalen Tools ist es unserem Vorstand jedoch schnell gelungen, neuen Tatendrang zu verbreiten, der sich auch in diesem Heft wiederfindet. Denn obwohl Corona lange Zeit die Berichterstattung dominierte, haben andere Politikbereiche mitnichten an Relevanz verloren.

Dazu gehört die Pflegepolitik (S. 12) ebenso wie Muslimfeindlichkeit (S. 13) oder die Schwierigkeiten von Alleinerziehenden (S. 14). Mit Berichten zur Osterkirche (S. 10) und zum Robert-Koch-Institut (S. 7) ist auch der Kiez in dieser Ausgabe der Propagandistin präsent. Und mit einem Artikel zum politischen Engagement in Krisenzeiten (S. 8) kommt auch Corona vor – wenn auch aus einer etwas anderen Perspektive.

Im Namen des Redaktionsteams wünsche ich viel Spaß beim Abtauchen in diese Vielfalt der Themen und einen guten Start in den Sommer!

Herzliche Grüße
Moritz

STELLVERTRETEND FÜR DIE REDAKTION V.L.N.R.: MORITZ, RUTH, KOLJA UND NIKE

DIE ABTEILUNG GRÜNES DREIECK – WER SIND WIR?

DIE SPD ...
ist bundesweit organisiert. Sie ist in Landesverbände, Kreisverbände und Ortsvereine unterteilt. Die unterste Ebene ist der Ortsverein. Davon gibt es etwa 13.500 in Deutschland. Einer davon sind wir. In Berlin heißt ein Ortsverein „Abteilung". Unsere Abteilung hat etwa 200 Mitglieder. Unser Gebiet ist der Sprengel- und der Brüsseler Kiez.

DAS „GRÜNE DREIECK" ...
ist unser Abteilungsname. Damit ist der Grünstreifen zwischen der Luxemburger Strasse und der Triftstrasse gemeint, der unsere Abteilung durchläuft. Auf diesem Grünen Dreieck befinden sich neben einer Laubenkolonie und dem Parkhaus die Weddinger Kinderfarm und der Abenteuerspielplatz Telux.

ALS ABTEILUNG ...
sind wir im Kiez aktiv. Wir organisieren Veranstaltungen, Feste und Informationsstände. Wir setzen uns für die Vielfalt des Kiezes ein. Wir kämpfen gemeinsam für sozialen Zusammenhalt, faire Mieten und gegen jede Form von Ausgrenzung und Rassismus.

WIR ENGAGIEREN UNS ...
weil uns Politik Spaß macht und wir etwas verändern möchten. Wir finden, dass es in unserer Gesellschaft gerechter zugehen sollte. Hierzu wollen wir einen kleinen Beitrag leisten. Für Interessierte sind dabei stets alle Türen geöffnet. Schau doch auch mal bei uns vorbei!

WARUM PROPAGANDISTIN?
Der Name unserer Abteilungszeitschrift ist provokativ gemeint. Natürlich betreiben wir keine Propaganda. Im Gegenteil: Wir wollen eine offene Plattform für Diskussionen um Themen im Kiez, im Wedding und in Berlin bieten. Dazu sind auch alle Leserinnen und Leser herzlich eingeladen. Schreibt uns gerne und beteiligt euch!

DIE 16. ABTEILUNG STELLT SICH VOR

EMMA SHEYMAN

Hey, mein Name ist Emma und ich bin Mitglied der 16. Abteilung. Ich bin 20 Jahre alt und studiere Geschichte, Politik & Gesellschaft an der Uni Potsdam. Im Bundestagswahlkampf 2017 bin ich der SPD beigetreten und versuche als aktives Mitglied im Wahlkampf aber vor allem auch darüber hinaus, die Partei zu unterstützen.

WIE BIST DU IN DER PARTEI AKTIV?
Aktuell bin ich Vorstandsmitglied der 16. Abteilung und versuche mich als Mitgliederbeauftragte. Außerdem unterstütze ich die Partei in den vielen Wahlkämpfen (obwohl ich selbst bisher noch nicht wählen durfte).

WOFÜR SETZT DU DICH EIN?
Hauptsächlich für politische Teilhabe. Klar, auf den ersten Blick scheint die deutsche Politik sehr zugänglich, doch leider gilt das noch nicht für alle. Barrieren, die beispielsweise junge Leute davon abhalten sich einzubringen, die Menschen mit Behinderungen keinen Rahmen bieten, sich zu engagieren, die, die gegeben sind, sobald man sich dazu entscheidet, Kinder zu bekommen und viele mehr müssen angegangen werden. Politik muss für uns alle zugänglich sein, ohne gleich zum Vollzeitjob zu werden.

WAS IST DEIN LIEBLINGSORT IM KIEZ?
Der Zeppelinpark

WENN DU EINEN WUNSCH FREI HÄTTEST?
Eine weltweite gemeinwohlorientierte Infrastruktur wäre ein Träumchen.

SEBASTIAN HÄRTEL

WARUM BIST DU IN DER SPD?
Weil die SPD als einzige Partei in ihrer gesamten Geschichte gegen jede Form von Unterdrückung und Diktatur gekämpft hat und der Einsatz für einen gerechten gesellschaftlichen Ausgleich meiner Meinung nach Teil ihrer DNA ist und bleiben sollte.

WIE BIST DU IN DER PARTEI AKTIV?
Ich bin als Kassierer Teil des geschäftsführenden Abteilungsvorstandes, arbeite in der AG Soziale Stadt mit und hoffe, mich auch bald auf der Kreisdelegiertenversammlung einbringen zu können. Ich mache gern bei Aktionen mit und politisiere auch gern mal bei einem Bier in der Kneipe.

WOFÜR SETZT DU DICH EIN?
Dafür, dass Berlin für alle lebenswert bleibt.

WAS IST DEIN LIEBLINGSORT IM KIEZ?
Eigentlich mein Balkon.

WENN DU EINEN WUNSCH FREI HÄTTEST?
Dass die Menschen in Deutschland schätzen lernen, wie gut es uns geht und dafür arbeiten, dass es noch besser wird.

SCHWERPUNKT: *PARTEI IN CORONA-ZEITEN*

PARTEIARBEIT WÄHREND DER PANDEMIE

SONJA GURRIS UND BENJAMIN VRUCAK

Dieser Text sollte eigentlich als ein Start zu zwei Jahren als Doppelspitze in der 16. Abteilung beginnen. Eigentlich wollten wir hier unsere Themen wie Mieten, Einwanderungsgesellschaft und Wahlkampf 2021 vorstellen. Doch als die Corona-Pandemie im Frühjahr das Land überraschte, sind auch wir als Partei davon erwischt worden – und mussten uns vor allem als Abteilung neu sortieren. Eine ungewohnte Situation für alle.

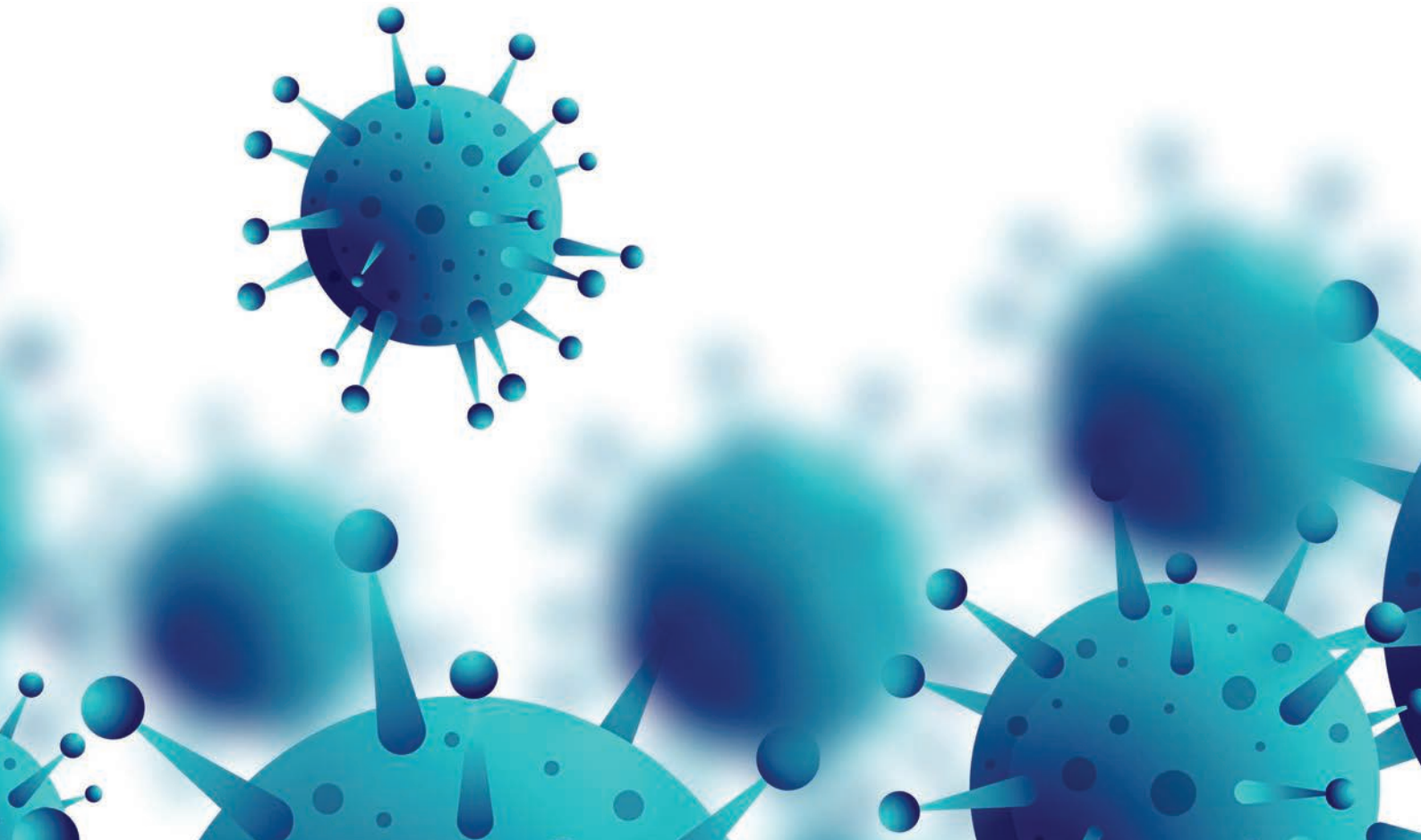
Wir arbeiten trotz der Pandemie an genannten Themen, nur in anderer Form als bisher gewohnt. Denn ein Thema wurde uns mit dem Beginn der Corona-Lage auf dem Silbertablett serviert: die Digitalisierung. Mit unserer Wahl zur neuen Doppelspitze ging die 16. Abteilung neue Wege. Zum ersten Mal gibt es zwei Personen, die die Abteilung gemeinsam leiten. Eine Doppelspitze hat eigentlich nur Vorteile. In Zeiten zunehmender zeitlicher Verdichtung sind die Verwaltungsaufgaben einer Abteilung auf mehreren Schultern deutlich besser verteilt. Ehrenamtliches Engagement wird so umsetzbarer. Auch aus gleichstellungspolitischer Sicht ist eine mehrgeschlechtliche Doppelspitze ein Gewinn.

Mit vollem Elan sind wir in den ersten Monat gestartet und haben uns um zukünftige Projekte gekümmert. Wir haben ein spannendes Abteilungsfrühstück mit einer ergiebigen Jahresplanung durchgeführt. Mitte März standen wir mit vielen Plänen und bereits fertig geplanten Veranstaltungen in der Vorbereitung der Wahlen im nächsten Jahr, doch dann kam alles anders … Von einer auf die andere Woche konnten wir uns von jeglicher Planung verabschieden. Mit der Corona-Pandemie erreichte uns eine Mail aus dem Kurt-Schumacher-Haus, dass ab sofort sämtliche politische Veranstaltungen abgesagt wurden und das Parteileben damit stillstand. Mehr stand da nicht. Wie geht es weiter? Aus einer vorher noch aktiven Gruppe von Menschen, die sich nahezu jede Woche einmal getroffen hat, wurden einzelne Individuen, die sich in ihren jeweiligen Wohnungen verschanzten und hauptsächlich mit alltäglichen Dingen wie Nahrungsmittel einkaufen, Kinderbetreuung und Ähnlichem beschäftigt waren. Unser Abteilungsleben war nicht mehr existent. Der restliche März war durch die Suche nach der richtigen Tagungssoftware geprägt.

Foto: Freepik

Es fing an mit Telefonschalten, dann wackeligen Jit.si-Verbindungen und schließlich sind wir mit Zoom bei einem ordentlichen Format gelandet. Seit April finden unsere Vorstandssitzungen und Mitgliederversammlungen jetzt digital statt. Mit dem Wechsel ins Digitale fällt auf, dass Sitzungen strukturierter und häufig auch kürzer sind. Für viele Genoss*innen fehlt der empathische Bezug, es ist einfach steriler als mit einem Bier in der Kneipe zu diskutieren. Neben diesen Umgewöhnungseffekten kann man aber sehen, dass das Digitale viel mehr auch ein Raum der Möglichkeiten ist. An unseren Sitzungen können plötzlich wieder Menschen teilnehmen, die zuvor nicht so einfach um 19:00 in die Müllerstr. 163 fahren konnten, da sie arbeiten, Kinder betreuen, einkaufen oder vielleicht auch studieren mussten. Wir konnten zwangsweise neue Erfahrungen mit dem digitalen Feld sammeln und sind davon überzeugt: Ohne wird es nicht mehr gehen. Die Digitalisierung hat endlich Einzug erhalten und wir müssen versuchen, als Abteilung diese bestmöglich zu gestalten. Die Frage nach Digitalisierung ist auch immer eine Frage der Inklusion. Einige Genoss*innen, die wir alle in unseren Abteilungen haben, werden sich daran stören, dass sie Menschen nicht vor Ort in ihrer gewohnten Umgebung treffen können, weil sie das immer so gemacht haben. Für uns ist es ein Zeichen, dass wir uns viel zulange nicht um die Belange Aller gekümmert haben.

Wie können wir inklusiver werden, so dass z. B. auch Eltern besser teilnehmen können? Diese Frage ist sicherlich ausgiebig diskutiert worden, jetzt haben wir endlich die Mittel, um die Ideen umzusetzen. Natürlich werden wir uns auch wieder vor Ort treffen, aber es sollte künftig möglich sein, Menschen digital zu Diskussionen zuschalten zu können. Dank Corona können wir mit einem Versprechen schließen, in zwei Jahren wollen wir digitaler und inklusiver sein, als je zuvor.



LOKALPOLITIK WÄHREND CORONA

LOKALPOLITIK IN BERLIN HAT IHREN EIGENEN RHYTHMUS UND FUNKTIONIERT MIT EINER EINGESPIELTEN ROUTINE. ABER WAS PASSIERT, WENN AUSSCHÜSSE UND BEZIRKSVERORDNETENVERSAMMLUNGEN SICH WEGEN EINER PANDEMIE NICHT MEHR IM GEWOHNTEN RAHMEN TREFFEN KÖNNEN?

VON SUSANNE FISCHER

Corona. Als hätte man bei der Lokalpolitik in Mitte die Pausentaste gedrückt. Als Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sind wir Teil der Berliner Verwaltung und kein klassisches Parlament. Und die Verwaltung war auf Krisenmodus umgestellt. Pandemie. Treffen in Gruppen nicht mehr möglich, Sitzungen erst recht nicht. Nach dem ersten Schock kam die Frage auf, die wir uns seit Beginn der Corona-Krise alle gestellt haben: Wie geht's jetzt weiter? Zunächst mit Telefonkonferenzen, bis man sich an Videoformate herantraute. Aus persönlichen Absprachen wurden langsam wieder Sitzungen. Denn spätestens im April wurde deutlich, dass wir unseren politischen Alltag in dieser neuen Wirklichkeit organisieren müssen, wenn Lokalpolitik auch während Corona stattfinden soll.

Organisation ist dabei das entscheidende Wort. Jeden Monat aufs Neue muss von nun an überlegt werden, ob eine BVV stattfinden kann – und wenn ja, unter welchen Bedingungen; was enorme Organisation erfordert. Wir hatten eine Sitzung in unserem angestammten Sitzungssaal im Rathaus Mitte, an der dank eines Pairing Systems nur die Hälfte der Verordneten teilnehmen musste. Eine Sitzung fand in einer Kirche in Moabit statt, mit dem Plan, allen Verordneten (die trotz Pandemie an solchen Sitzungen teilnehmen können), die Teilnahme zu ermöglichen. Die letzte Sitzung im Juni fand in einem Oberstufenzentrum statt und ermöglichte zumindest in der Theorie den abwesenden Verordneten, sich per Video zur Sitzung hinzuzuschalten. Auch haben wir die Tagesordnung gekürzt, um die Sitzungsdauer zu beschränken. Wir werden in der BVV weiter diskutieren, wie möglichst alle gewählten Vertreter*innen ihr Mandat ausüben können. Denn bisher dürften wir als BVV nur vor Ort in einer gemeinsamen Sitzung abstimmen. Änderungen gibt es nur über das Bezirksverwaltungsgesetz.

Unsere Ausschüsse tagen in der Regel öffentlich und Gäste haben die Chance, zuzuschauen oder auch mal das Wort zu ergreifen. Alles nicht so einfach unter Corona. Aber irgendwie klappt es dann doch. Zum Beispiel, indem wir Hybrid-Sitzungen veranstalten und Gäste vor Ort doch reinschauen können. All das ist auch nur möglich, weil unser BVV-Büro wahnsinnig tolle Mitarbeiter*innen hat, die den Laden (jetzt die Videokonferenzen) am Laufen halten und uns helfen, selbst mit Abstand unser Mandat auszuüben.

Die Arbeit vor Ort, der Kontakt mit den Menschen im Kiez klappt langsam auch immer besser. Beiräte veranstalten Videokonferenzen, man kann sich für erste Gespräche auch wieder draußen treffen, erste Veranstaltungen im Bezirk finden wieder statt … Normal ist das alles noch nicht und die BVV ist noch lange nicht komplett im digitalen Zeitalter angekommen. Aber irgendwie schaffen wir es trotzdem, die Probleme im Kiez anzusprechen, dem Bezirksamt auf die Finger zu schauen, unser Mandat auszuüben. Lokalpolitik während Corona ist ein Abenteuer. Aber eins, das ich nicht missen möchte.

Foto: Freepik

DAS ROBERT KOCH-INSTITUT IM WEDDING – MITTELPUNKT DEUTSCHLANDS IN ZEITEN VON CORONA

VON SIMIN CHELOPAZ AMINI

Jeden Tag horchten die Menschen gebannt den Zahlen des Robert Koch-Instituts (RKI) zur aktuellen COVID-19-Lage. Was kaum jemand weiß: Bereits 1897 wurde mit dem Bau des Institutsgebäudes am Nordufer in Berlin-Wedding begonnen, das bis heute Hauptsitz ist und zu den ersten biomedizinischen Forschungsinstituten weltweit zählt. Bis 1904 stand das Institut unter der Leitung des Mediziners und Mikrobiologen Robert Koch, der den Erreger der Tuberkulose entdeckte und dafür 1905 mit dem Nobelpreis für Medizin ausgezeichnet wurde.

Nach der Machtergreifung durch die Nationalsozialisten 1933 mussten jüdische Wissenschaftler*innen das Institut verlassen. Und während des Dritten Reichs war das RKI laut eigenen Angaben erheblich in die nationalsozialistische Gewaltpolitik involviert. Unter anderem waren führende Wissenschaftler*innen an Menschenversuchen in Heilstätten und Konzentrationslagern beteiligt. Nach Ende des Zweiten Weltkriegs waren Teile des Instituts zerstört und die Arbeit am Institut wurde mit Hilfe der Alliierten wiederaufgenommen.

Heute ist das RKI eine deutsche Bundesoberbehörde, die dem Bundesministerium für Gesundheit unterstellt ist und inzwischen um weitere Standorte, u. a. an der Seestraße und in Wernigerode, erweitert wurde. Hier arbeiten und forschen insgesamt 1.100 Menschen. Ihre Aufgabe ist es, biologische Gefahren abzuwenden, Gesundheitstrends und Präventionsmaßnahmen zu identifizieren, Infektionskrankheiten zu bekämpfen, Datenströme zu analysieren und gleichzeitig den globalen Gesundheitsschutz im Blick zu behalten.

Auf der Homepage des RKI sind wir bezüglich der Beschäftigungsverhältnisse der Mitarbeiter*innen leider nicht fündig geworden. Laut Wikipedia sind 450 der 1.100 Beschäftigten befristet eingestellt. Sollte dem so sein, ist zu hoffen, dass den Angestellten neben der aktuellen medialen Aufmerksamkeit künftig auch mit anständigen Verträgen die notwendige Wertschätzung und Sicherheit entgegengebracht wird.

Foto: RKI

VON BENJAMIN VRUCAK

ZWISCHEN KLOPAPIER UND NUDELPAKETEN – ENGAGEMENT WÄHREND DER CORONA-EPIDEMIE

Mit dem Aufkommen eines neuartigen Virus im Dezember 2019 in China hätte sich keiner denken können, dass damit auch wieder gesellschaftliche Strömungen Aufschwung erfahren, die wir als verschollen verbucht hatten.

Mit ausgefahrenen Ellenbogen wurden Klopapier und Nudeln gehortet, Verkäufer*innen angeschrien und geschubst und vielen weiteren Egoismen wurde gefrönt. Familien wurden zwischen Job und Kinderbetreuung aufgerieben, und viele Frauen sahen sich in Geschlechterklischees der 50er Jahre wieder.

Doch neben all diesen negativen Faktoren gab es auch viele positive Aspekte. So haben sich allein in Berlin-Mitte über 600 Menschen freiwillig engagiert und ihrer Nachbarschaft und ihrem Kiez geholfen. Zum Einkaufen für die Nachbar*innen in Quarantäne, zum Gassi gehen mit dem Hund oder auch einem Telefonat mit einem einsamen Menschen wurden die Freiwilligen über die bezirklichen Koordinierungsstellen für ehrenamtliche Corona-Hilfe an die Hilfesuchenden vermittelt.

In Berlin-Mitte wurde die Hilfe durch die Freiwilligen Agentur Mitte und die Nachbarschaftsetage Fabrik Osloer Straße umgesetzt. Die Mitarbeiter*innen haben eine Hotline geschaltet, die man unter 030 48620944 montags bis freitags anrufen kann.

Die FreiwilligenAgentur Mitte hat ihren Sitz in der Fabrik Osloer Straße und wird gefördert von dem Berliner Senat und dem Bezirksamt Mitte. Seit über 15 Jahren finden Engagierte dort Beratung und Vereine und Initiativen können sich informieren, wie sie ein engagementfreundliches Umfeld aufbauen können.

Seit dem Jahr 2018 gibt es in nahezu allen Berliner Bezirken eine bezirkliche Freiwilligenagentur, die den Auftrag hat, Engagementinteressierte neutral zu beraten. So bunt wie der Bezirk Mitte ist, ist auch das Engagement, von Umwelt über Politik, bis hin zur Arbeit mit Kindern findet jede*r ihr Engagement.

Mehr Informationen findet man unter: www.freiwilligenagentur-mitte.de.

Eine Studie vom Beginn des Jahres 2020 aus Harvard zeigt, dass Menschen über 50 Jahren, die sich wöchentlich zwei Stunden engagieren ein wesentlich geringeres Sterberisiko haben.

Gegen eine Ellenbogengesellschaft helfen Engagement und die Sorgen um den Kiez und die Nachbarschaft. Packen wir es an!

WÄHREND MANCH EINER IN KRISENZEITEN SEINE SCHLECHTEN SEITEN HERAUSHÄNGEN LIESS, ZEIGTE SICH IN BERLIN-MITTE IN DEN VERGANGENEN MONATEN VOR ALLEM AUCH VIEL FÜRSORGLICHKEIT FÜR BEDÜRFTIGE PERSONEN.

Foto: Freepik

IMPRESSUM

V.I.S.D.P.: MORITZ FESSLER, MÜLLERSTR. 163, 13353 BERLIN

REDAKTION:
MORITZ FESSLER, RUTH ILANA WINDMÜLLER, KOLJA LUMMERT, NIKE MARQUARDT, BASTOS JÜNGST, EMMA SHEYMAN

AUTORINNEN UND AUTOREN:
KATRIN BENZENBERG, SIMIN CHELOPAZ AMINI, SIEMEN DALLMANN, MORITZ FESSLER, SUSANNE FISCHER, SONJA GURRIS, KOLJA LUMMERT, BETTINA SCHULZE, BENJAMIN VRUCAK

SATZ UND GESTALTUNG:
NIKE MARQUARDT

AUS DEM KIEZ

DIE OSTERKIRCHE, KIRCHE IM KIEZ

DIE ALTE DAME BRAUCHT HILFE

VON SIEMEN DALLMANN

Die Osterkirche war eins der ersten Gebäude auf dem Areal zwischen Torf- und Tegeler und Trift- und Kiautschoustraße.

Die evangelische Osterkirche an der Ecke Samoa-/Sprengelstraße im Berliner Ortsteil Wedding wurde nach Plänen der Architekten August Dinklage, Ernst Paulus und Olaf Lilloe errichtet.

Am 8. Mai 1910 wurde der Grundstein gelegt und am 18. Juni 1911 erfolgte die Kirchweihe.

Über die Jahre hat Sie sehr viel erlebt. Auch die Nazizeit ist nicht spurlos an ihr vorbei gegangen. Sie hat zwei Weltkriege überstanden und wurde im November 1943 durch eine Luftmiene teilweise zerstört.

Regelmäßige Gottesdienste gab es ab November 1948 wieder in der Osterkirche. 2019 bei der beginnenden Sanierung des Daches wurde massiver Befall von Schwamm entdeckt. Da die Gemeinde den größten Teil der Sanierungskosten selber stemmen muss, übersteigt es ihre finanziellen Möglichkeiten. Gerade bei Schwammbefall ist das Risiko groß, dass weitere Schäden im Laufe der Sanierung auftauchen.

Die in die Jahre gekommene Osterkirche braucht jetzt die Hilfe aus dem Sprengelkiez.

Es sind aber nicht nur Spenden erbeten, sondern auch Ideen, um gemeinsam die Kirche im Kiez, unsere Osterkirche, zu retten. Was können wir tun, damit das nötige Geld zusammen kommt? Anfang Mai sollte zu diesem Zweck ein Tag der offenen Tür stattfinden, der aufgrund von Corona allerdings ausfallen musste. Sobald es wieder möglich ist, wird dieses Event nachgeholt, bei dem Besucher Historisches und Lustiges von der Osterkirche erfahren und sogar den Kirchturm besteigen können.

Foto: Freepik

BERICHT AUS DER AG VERKEHR

FÜR EINEN SICHEREN BUNTEN KIEZ BEDARF ES VIELER NEUGESTALTUNGEN, MAXIMAL 7 KM/H, FAHRRADWEGE, VORGÄRTEN UND ALLES, WAS MAN SICH WÜNSCHEN KANN.

Der runde Tisch Sprengelkiez hat seit gut drei Jahren eine Arbeitsgruppe zum Thema Verkehr im Sprengelkiez.

Als erstes haben wir uns die Ist-Situation sehr genau angesehen und überlegt, was sich ändern muss, damit sich die Aufenthaltsqualität und die Verkehrssicherheit im Kiez verbessern. Hierzu gab es einige Veranstaltungen im Sprengelhaus mit Nachbar*innen. Auch haben wir mit der zuständigen Stadträtin Frau Weißler am 23. Mai 2018 einen Kiezspaziergang gemacht und uns einige Problemfelder vor Ort genau angesehen.

Für uns ist es ganz wichtig, dass wir weder den Autos noch den Fahrrädern auf dem Bürgersteig an den Kragen wollen. Wir wollen Verkehrssicherheit für alle. Dies kann man nur zusammen erreichen. Am 22. April gab es eine Veranstaltung, zu der wir die unterschiedlichen Fraktionen aus der BVV eingeladen haben, um die ein oder andere Idee aus dem Sprengelkiez auf den Weg zu bringen.

Diese sind unsere wichtigsten Forderungen:

- Ziel einer Verkehrsgestaltung im Sprengelkiez muss eine Verkehrsberuhigung sein, die allen zu Gute kommt – denen, die zu Fuß unterwegs sind, den Radfahrenden, aber auch dem Kraftfahrzeugverkehr der Anwohner*innen.
- Dafür bedarf es einer Neugestaltung des öffentlichen Raumes, derzeit dominiert das Auto den öffentlichen Raum, besonders der Durchgangsverkehr.
- Wir brauchen eine Veränderung der Regelgeschwindigkeit, flächendeckend – bis auf die westliche Sparrstraße –, 30km/h als zukünftiger verkehrsberuhigter Bereich bzw. max. 7 km/h, einzige Ausnahmen sind die Busroute und geplante Fahrradstraßen.
- Zu Fuß gehen soll sicherer gestaltet und somit erleichtert werden, besonders für Kinder und ältere Menschen im Kiez.
- Der Autoverkehr muss möglichst verringert werden, nur noch Anwohner*innen, Lieferverkehr und der Bus.
- Eine Parkraumbewirtschaftung muss her im gesamten Kiez, einschließlich dem Brüsseler Kiez.
- Bei uns im Kiez parken die Mitarbeiter*innen von Krankenhaus und Robert-Koch-Institut. Hiervon sind die Nachbarn in der Buch- und Fehmarner Straße sowie die Torfstraße besonders betroffen. Aber auch einige Mitarbeiter*innen und Student*innen der Hochschule parken bei uns im Kiez. Wir erwarten, durch Parkraumbewirtschaftung einige Parkplätze wieder für uns zurück zu bekommen. Das Krankenhaus und auch das Robert-Koch-Institut haben eigene Parkhäuser, die den Mitarbeitenden jedoch zu teuer sind.
- Die Aufenthaltsqualität wollen wir steigern – Sitzgelegenheiten schaffen, Fahrradstellplätze, Vorgärten sollen wieder hergerichtet werden.
- Die Schuleinzugsbereiche der Gebrüder-Grimm-Grundschule und der Leo-Lionni-Grundschule wollen wir sicherer für die Kinder gestalten.

Ein ausführliches Verkehrsgesamtkonzept findet ihr unter: www.runder-tisch-sprengelkiez.de

UNSERE FORDERUNGEN ZUM TAG GEGEN ANTIMUSLIMISCHEN RASSISMUS

VON KATRIN BENZENBERG

Rechtzeitig zum Tag gegen antimuslimischen Rassismus am 1. Juli wurde unser Antrag im Kreisvorstand der SPD-Mitte beschlossen. Die darin enthaltenen Forderungen sind längst überfällig, denn islam- und muslimfeindliche Einstellungen sind seit Jahren auf einem hohen Niveau. Verschiedene Studien belegen das. Zum Beispiel stimmen laut der Autoritarismus-Studie der Heinrich-Böll-Stiftung 56 % der Befragten der Aussage: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land" zu und 44 % befürworteten, „man solle Muslim*innen die Zuwanderung nach Deutschland" untersagen.

Unser Antrag enthält umfassende Forderungen, wie man Muslimfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus in unserer Gesellschaft entschieden entgegentreten sollte. Wir setzen uns unter anderem für verpflichtende Kurse zu Muslimfeindlichkeit und Diskriminierungsschutz für alle Angestellten des öffentlichen Dienstes, eine bessere Beratung von betroffenen Schüler*innen, einen Bundes-Staatssekretär für Antidiskriminierung und einen dauerhaften Schutz für muslimische Einrichtungen ein.

Die Forderungen beruhen auf den Ideen und Erfahrungen verschiedenster Akteure, die an unserer Veranstaltung „Was tun gegen Muslimfeindlichkeit?" im letzten Dezember teilgenommen haben und sich seit Jahren mit diesem Thema befassen. Mit dabei waren unter anderem die Organisationen JUMA (Jung.Muslimisch.Aktiv) und „Gesicht Zeigen!" sowie die ehemalige Berliner Antidiskriminierungsbeauftragte Saraya Gomis.

Der Tag gegen antimuslimischen Rassismus erinnert an die Ermordung von Marwa al-Sherbini am 1. Juli 2009. Nachdem die 32-jährige Pharmazeutin eine rassistische Beleidigung zur Anzeige gebracht hatte, wurde sie hochschwanger im Dresdner Gerichtssaal von dem Angeklagten mit einem Messer angegriffen. Sie hat den Angriff nicht überlebt. Ihr Mann lebt heute in Kanada.

AKTUELLE POLITISCHE THEMEN

DIE PFLEGE GEHT VORAN!

VON BETTINA SCHULZE

PFLEGEKRÄFTE WERDEN DRINGEND GESUCHT. WAS SIND DIE URSACHEN?

Fast täglich liest man in der Zeitung, dass Pflegekräfte fehlen. Inzwischen kommt es sogar dazu, dass Stationen in Krankenhäusern, Pflegeheimen oder Pflegediensten keine neuen Patient*innen aufnehmen können. Politisch wird nun gegengesteuert. Doch wie konnte es erst soweit kommen?

ARZTZENTRIERTES GESUNDHEITSSYSTEM

Pflege(fach)kräfte hatten lange Zeit keine starke Lobby. Das liegt auch daran, dass sich unser gesamtes Gesundheitssystem stark an Ärzt*innen ausrichtet. Die Ärzteverbände haben sehr viel Macht. Ärzt*innen verdienen im Vergleich zu anderen Gesundheitsberufen auch erheblich mehr. Das ändert sich zum Glück langsam. Pflegekräfte schließen stärker zusammen und fordern ihre Rechte ein. Der Deutsche Pflegerat ist inzwischen ein wichtiger Player in der Gesundheitspolitik. Das ist ein Grund dafür, warum endlich mehr darüber gesprochen wird, wie die Arbeitsbedingungen von Pflegekräften verbessert werden können.

DIE ÖKONOMISIERUNG DES GESUNDHEITSWESENS

Ein wesentlicher Faktor, der den Alltag von Pflegekräften bestimmt, ist die Art und Weise wie Krankenhäuser, Pflegedienste oder Pflegeheime geführt werden. Sie müssen sich wirtschaftlich rechnen. Insbesondere in Krankenhäusern ist in den letzten Jahren aus wirtschaftlichen Gründen unglaublich viel Pflegepersonal eingespart worden. Denn lukrative Operationen bringen den Häusern wesentlich mehr Geld als die Pflege der Patientinnen und Patienten. Mit dem Einsparen der Fachkräfte auf den Stationen wurden die Arbeitsbedingungen immer stressiger und zum Teil auch unerträglich. Das führt dazu, dass viele Pflegerinnen und Pfleger nur halbtags arbeiten können oder ihren Beruf aufgeben.

GESUNDHEIT ALS DASEINSVORSORGE

Das Gute ist, dass nun endlich Maßnahmen ergriffen werden, um die Situation zu verbessern. Krankenhäuser bekommen nun alle Pflegefachkräfte refinanziert, das Pflegeberufegesetz verbessert die Qualität der Pflegeausbildung, bundesweite einheitliche Personalbemessungsinstrumente für Pflegeheime werden entwickelt und Pflegefachkräfte sollen von Tariflöhnen profitieren. Zu berücksichtigen ist, dass in der Pflege neben Fachkräften auch viele Assistenz- oder Betreuungskräfte sowie Pflegehelfer tätig sind, die ebenfalls mehr Wertschätzung, Unterstützung und Bezahlung erfahren sollten. Ohne deren tagtägliche Arbeit würde das System nicht funktionieren. Auch muss Berücksichtigung finden, dass Pflegearbeit in Deutschland größtenteils von Frauen geleistet wird. Die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist deshalb auch vor dem Hintergrund gleichstellungspolitischer Ziele wichtig. Ohne eine grundsätzliche andere Ausrichtung des Gesundheitswesens hin zu einer gemeinwohlorientierten Daseinsvorsorge wird sich jedoch an vielen Problemen nichts ändern.

Foto: Freepik

ALLEINERZIEHENDE UND DAS BILDUNGSANGEBOT UNSERER GESELLSCHAFT

VON KOLJA LUMMERT

Wenn man sich die Veränderungen der Gesellschaft in den letzten 40 Jahren so anschaut, kann man unendlich lang erzählen. In puncto Familienleben fällt aber vor allem auf, dass Menschen immer älter Eltern werden. Gerade in gebildeten Familien traut man sich meist nicht, vor dem dreißigsten Lebensjahr ein Kind zu bekommen. Zur Zeit unserer Eltern war das noch ganz anders. Mit 25 war frau da schon recht alt für eine Schwangerschaft.

Zum Teil hat es vielleicht auch mit unserem freiheitlichen Leben zu tun bei gleichzeitigem Bewusstsein, dass wir in einer absolut profitorientierten Gesellschaft leben. Gerade junge Frauen wissen, dass es für den Bestand ihrer Beziehung keine Garantie gibt, sie aber gerade in jungen Jahren dem Profitgedanken eventueller Arbeitgeber*innen völlig unterworfen sind. Da scheint es sinnvoll, sich für das Leben in unserer wirtschaftsorientierten Gesellschaft zunächst einmal zu wappnen, etwa durch eine Ausbildung, ein Studium sowie etwas Arbeitserfahrung.

Was ist aber mit denjenigen, die sich anders entschieden haben? In unserem Land gibt es eben trotzdem viele junge Alleinerziehende, die meisten sind junge Frauen (die Männer seien, wenn sie diesen Weg beschreiten, hier aber nicht vergessen). Diese Menschen müssen gleichzeitig ihr Kind großziehen und einem Beruf oder einer Ausbildung nachgehen. Was gerade in der Anfangszeit fehlt, ist Geld, aber vor allem auch Zeit, soll der Nachwuchs doch gesund und propper sein und auch möglichst viel Bildung und Aufmerksamkeit genießen. Gleichzeitig will keiner länger als nötig von Hartz IV und seinem Hungerlohn abhängig sein, daher ist wohl eine Ausbildung angesagt, trotz Gekreische aus dem Kinderzimmer.

Was diesen jungen Eltern dann oft begegnet, ist eine Bürokratie, die auf ihre Belange vollkommen unvorbereitet scheint. Oder will man junge Eltern einfach nicht? Ist das Kinderkriegen im jungen Alter nicht willkommen? Will frau/man das Angebot der Arbeitsagentur nutzen, ist das Angebot meist begrenzt. Sucht man sich selbst etwas, ist die Förderung begrenzt. Die Arbeitsagentur bewegt sich wie ein Dinosaurier durch unsere Profitgesellschaft. Wenn zum Beispiel Pflegekräfte gebraucht werden, wird viel zu spät darauf eingegangen. Auch wird der Zeitgedanke, der für Alleinerziehende so wichtig ist, fast gar nicht beachtet. Sie müssen in viel zu kurzer Zeit (meist 2 Jahre) mit ihrer Ausbildung fertig sein.

Mögliche Lösungen hat man in Skandinavien teilweise schon ausprobiert. Modulsysteme ermöglichen es, Teil für Teil das nötige Wissen für eine Ausbildung zu erwerben. Die Eltern können das Erlernen des Unterrichtsstoffes ihren familiären Anforderungen anpassen. Kann sich die Person ihr späteres Arbeitsgebiet selbst aussuchen und effektiviert man die Beratung durch eine (durchaus mögliche) Beobachtung gesellschaftlicher Vorgänge, findet diese Person viel eher ihre Berufung.

Dann bleibt da noch die Sache mit dem Einkommen. Hier muss uns bewusst sein, dass ein Investment sich lohnt: Eine ausgebildete Person hat der Gesellschaft eben auch wirtschaftlich etwas zu geben und muss nicht über Jahrzehnte frustriert zur Arbeitsagentur. Es sei zu Bedenken, dass ein arbeitender Mensch nur mit dem Hartz IV-Satz schnell in Schwierigkeiten kommt. Es sollte für jede*n Sozialdemokrat*in selbstverständlich sein, hier in die Zukunft zu investieren.

PROPAGANDISTIN
ZEITUNG DER ABTEILUNG 16 – GRÜNES DREIECK

EX UND HOPP! IMMER DAS NEUESTE MUSS HER

EGAL WELCHES TECHNISCHE GERÄT, DAS SCHÖNSTE IST DOCH IMMER DAS NEUESTE. DIE KONSEQUENZEN LIEGEN NICHT NUR IM IMMER HÖHEREN ENERGIEVERBRAUCH

Es ist mal wieder so weit, nach zwei Jahren ist ein neuer Handyvertrag fällig. Dazu gibt es: Natürlich, das neue hochmoderne Smartphone mit der nochmal besseren Kameraauflösung. Auch der Computer könnte mal wieder ausgewechselt werden, gibt es doch schon einen viel schnelleren. Da greift man zu, obwohl das alte Gerät sicher noch ein paar Jährchen seine Funktion voll ausgefüllt hätte.

Die Konsequenz sind riesige Schrottberge, die wir bisher nur einfach nicht zu Gesicht bekommen. Doch nicht jedes Land nimmt mehr unsere alten Geräte, um die wertvollen Stoffe herauszuholen und die giftigen, naja, einfach in die Ecke zu schmeißen.

Bei dem, was Wirtschaft und Werbung seit Jahrzehnten mit uns machen, stellt die Aufforderung, die alte Miele durch die tolle neue energiesparende Öko-Waschmaschine zu ersetzen, wohl die größte Verhöhnung des bemühten Bürgers dar. Es sei denn, es ginge jemandem nur um die Einsparung bei der privaten Stromrechnung. Denn wahr ist, dass eine Waschmaschine erst nach zwanzig Jahren Lebensdauer in einer normalen Familie etwa 50 Prozent ihrer Energie durch die Benutzung verbraucht hat. Selbst nach diesem Zeitraum macht der Energieverbrauch bei der Herstellung immer noch die andere Hälfte aus.

Doch wer sein Maschinchen mal länger als ein paar Jahre behalten will, bekommt es mit einem weiteren Problem zu tun: Sollbruchstellen. Als Beispiel seien hier die inzwischen üblichen Plastikstoßdämpfer zu nennen, die schon dafür sorgen, dass nach ein paar Jahren eine neue Waschmaschine gekauft werden muss. Es gibt nur noch wenige Hersteller, die sie nicht benutzen.

Auch jeder HiFi-Fan muss heute oft mit solchen Sollbruchstellen leben. Was wäre denn mit der Produktion, wenn ein Verstärker heute noch so lange halten würde wie vor 30 Jahren? Schade nicht nur wegen der Müllberge, sondern schade auch für denjenigen, der seine Geräte gerne pflegt und gar nicht immer das neueste haben will.

Die einzige Chance, die ich beim Einkauf habe, besteht darin, mich vorher gut zu informieren. Oft – wenn auch nicht immer – halten beispielsweise teurere, hochwertige Geräte länger als billigere. Klar, jeder will seinen Gewinn machen, der eine durch den Preis, der andere durch die verkaufte Stückzahl. Leider aber stimmt die Regel „teuer = hochwertig" nicht immer, weshalb Testberichte und Bewertungen im Internet als Informationsquelle hoch im Kurs stehen.

Wer immer eine Rolle beim Produzieren von Schrott spielt, ist wohl die Autoindustrie. Sicher stellen die neuesten Umweltregeln auch einen Anspruch dar. Doch was, wenn man dafür sorgen würde, dass man Autos generell mit allem nachrüsten könnte? Auch selbst reparieren kann man ein Auto heute in der Regel kaum noch, es sei denn, man ist Ingenieur*in der produzierenden Fabrik persönlich. Die Konsequenz ist, dass schnell mal ein neues Auto gekauft werden muss, wo man vorher repariert hätte. Der Energieverbrauch wird dann mal wieder angekurbelt.

VON KOLJA LUMMERT

PROPAGANDISTIN

ZEITUNG DER ABTEILUNG 16 – GRÜNES DREIECK

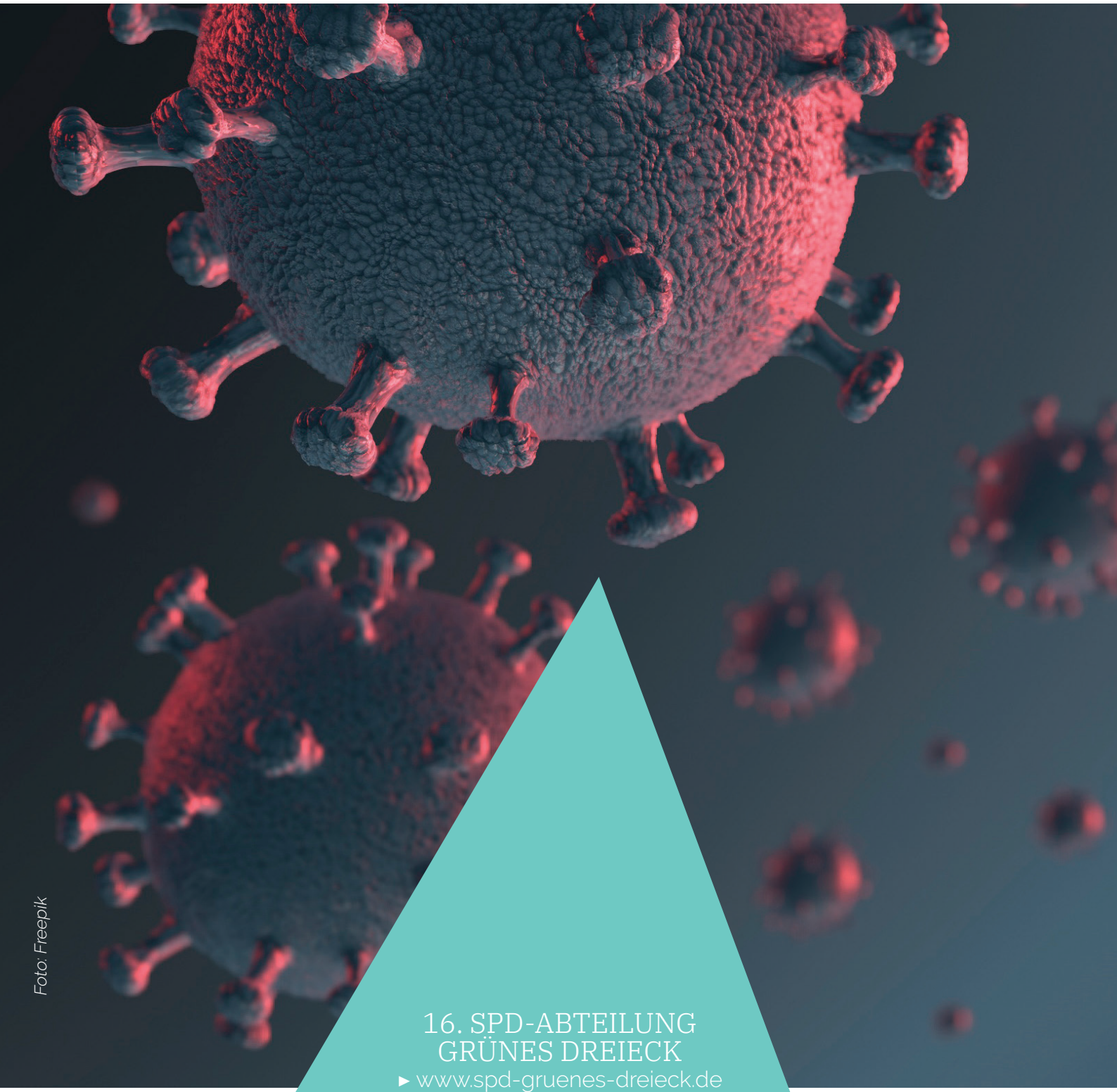


Foto: Freepik

16. SPD-ABTEILUNG GRÜNES DREIECK

▸ www.spd-gruenes-dreieck.de
▸ www.facebook.com/gruenesdreieck
▸ www. twitter.com/spd_16_berlin
▸ spd_gruenesdreieck@posteo.de